

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden - Dresden
Herausgeber: Carl Neubauer
Verlag: Carl Neubauer
Dresden - W. L. Marienstraße 24/25

Bezugspreis vom 1. bis 15. Dezember 1923 bei täglich zweimaliger Auslieferung inkl. Post 1.70 Mk.
Bezugspreis für Monat Dezember 2.40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.
Kubert'sches Dresden 15 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Schmalz berechnet:
die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellen-
gesuche ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 20 mm breite Reklamazeile 200 Pf., außer-
halb 250 Pf. Offertengelder 30 Pf. Kubert'sche Kustsche geogr. Veranschaulichung

Druck u. Verlag: Neff & Neff, Dresden, Postfach-Rio. 1008 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unrechtmäßige
Schliffe werden nicht aufbewahrt

Stressemann gegen die Kriegsschuldfrage

Ein Nachruf auf Graf Brockdorff-Rantzau

Was geht in Bayern vor?

Berlin, 6. Dez. Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas veranstaltete heute abend in den Räumen des Vereins deutscher Ingenieure eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen deutschen Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau.

Nachdem das Demanquartett ein Andante von Schubert gespielt hatte, sprach Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Dit, der Präsident der Gesellschaft, einige Begrüßungsworte für die zahlreich erschienenen Trauergäste. Der Redner rühmte die Verdienste des Verstorbenen und die Pflege kultureller Beziehungen zwischen Ausland und Deutschland.

Reichsminister Dr. Stressemann

betonte, daß es ihm eine Ehre, eine Pflicht und ein Bedürfnis sei, diesem führenden Staatsmann des Deutschen Reiches, dessen Tod eine nahezu unausfüllbare Lücke hinterlassen habe, Worte des Gedenkens zu widmen. Er war ein Wanderer zwischen zwei Welten, so führte der Minister aus, „zwischen dem alten und dem neuen Deutschland; es zog ihn nach Tradition und Vergangenheit zum Alten, und die kurzschichtigen Verhältnisse des neuen Deutschland zu ihm. Die noch Engstirnigeren stießen sich daran, daß er das in Moskau tat.“ Aber Graf Brockdorff-Rantzau habe es tief empfunden, daß der Staat und das Volk weiter leben müssen, nicht die Fürken. Er sei kein Demokrat der Art gewesen, daß er der Masse geschmeichelt hätte, aber in dem Sinne, daß er jeden anerkannte, der durch Verdienste oder durch seinen Vortritt über ein Mann des Volkes gewesen, und daß er jeden verachtete, der vor seiner Aufgabe verlagte. Ein hartes Empfinden für seine Mitarbeiter und Untergebenen habe ihn gekennzeichnet. Mit berebten Worten zeichnete der Minister den Weg, den der Verstorbenen über Versailles bis nach Moskau gegangen sei. Er, Dr. Stressemann, lehne die Kritik ab, die von manchen Seiten an dem Verhalten des Grafen Brockdorff-Rantzau in Versailles geübt worden sei.

Eigensinnigkeit und Ungehörigkeit habe er in einem Krummen, aber berechtigten Prozeß zurückgewiesen, und das Wort, das Brockdorff-Rantzau damals gesprochen habe, „daß die Alleinschuld Deutschlands in seinem Rande eine Lüge wäre“, sei treffend und angebracht gewesen.

Eine heiße, sich verzehrende Liebe zum Vaterlande sei das Kennzeichen des Wertes des Verstorbenen gewesen. Er habe sein Volk des letzten Kampfes, mindestens des letzten stillen Kampfes fähig gehalten. Er, der Reichsaußenminister, habe ihm in jenen Tagen in Weimar in spontaner Empfindung die Hand gedrückt, als Graf Brockdorff-Rantzau aus Versailles zurückgekommen sei.

„Auch in seiner diplomatischen Arbeit in Moskau,“ so führte der Minister weiter aus, „waren zwei Welten verbunden.“

Seine Tätigkeit in Moskau hat er nicht als eine geschichtliche Mission angesehen und sein ganzes Leben nur der Politik geweiht. In Tschischerin fand er einen Gegenspieler, mit dem er bei

Verausarbeitung der beiderseitigen Standpunkte Freundschaft zu entwickeln vermochte, die sich in heralischer Form auch in Tschischerins Rundgebung beim Tode des Grafen Brockdorff-Rantzau ausdrückte. Achtung für jeden, der von großen Gesichtspunkten aus auch andere Wege ging, als ihm selbst richtig erschienen, war ein anderer Wesenszug des Verstorbenen. „Die Besichtigung der Freundschaft zwischen beiden Völkern wollen wir in seinem Sinne fortsetzen.“ Wissen, daß er sterben müsse, war sein letzter Gruß an das Oberhaupt des Deutschen Reiches und an den Vertreter der Außenpolitik der Sowjetunion gerichtet. In grimmigem Humor sprach er damals noch über die Freude, die seine Feinde über seinen Tod empfinden würden: „Auch ich bin schon seit Verfallens gestorben,“ so meinte er; aber sein Leben war der Liebe zu seiner Familie, zu seinem Dienst, zu seiner Heimat und dem deutschen Vaterlande gewidmet. „Den Dank des Auswärtigen Amtes und des deutschen Volkes seiner Tätigkeit auszusprechen, wollen wir seiner geschichtlichen Mission nicht gedenken,“ so schloß der Reichsaußenminister seine warm empfundenen Worte.

Nach ihm führte der

Sowjetbotschafter Krestinski

aus, daß die aufrichtigsten Sympathien auch unter den breitesten Massen Sowjetrußlands dem verstorbenen Grafen gewidmet gewesen seien, und warf die Frage auf, wie sich das gegenüber einem Exzentrer der alten Aristokratie erkläre. Das wirtschaftliche Gemeinwohlinteresse habe die Grundlage des Rapallovertrages gebildet. Daraus sei eine ehrenvolle, aber schwierige Aufgabe für Brockdorff-Rantzau erwachsen, schwierig, weil er auf fremdem sozialen und politischen Boden mit einer großen Kunst der Unterscheidung zwischen Weisheit und Wesentlichem eine große Linie zu immer lehrer Zusammenarbeit in Europa einzuhalten wußte. „Seine seine Art, ohne Vernachlässigung deutscher Interessen, dieser Inklusivarbeit einen freundschaftlichen Charakter zu verleihen, hat ihn und teuer gemacht“, so schloß der Botschafter, der dann den letzten Brief des Grafen Brockdorff-Rantzau an die Volkskommissare Tschischerin und Ulmanow vom 8. September verlas, in dem er gewissermaßen die Fortsetzung seiner Arbeit an der deutsch-russischen Verbindung als sein Testament hinterließ.

Nach dem Botschafter gab Professor Dr. Böhm als stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft eine Reihe persönlicher Reminiscenzen aus seiner Zusammenarbeit mit dem verstorbenen Botschafter und kennzeichnete sein Charakterbild in geistreicher Vertiefung.

Schließlich sagte Geheimrat Rast im Namen des Reichsverbandes der deutschen Industrie dem Vereinten Dank für sein Verhältnis für den wirtschaftlichen Teil seiner Mission und für die Verhärtung der deutsch-russischen ökonomischen Beziehungen, die ihm zu verdanken sei. „Helfend, aufbauend, wegemessend und warnend, so hat er mitgearbeitet“, so schloß der Redner.

Die stimmungsvolle Feier endigte mit einem Adagio aus dem Streichquartett Nr. 5 Es-Dur von Mozart.

Große Zugeständnisse Frankreichs an Italien

Keine Dienstpflicht für Nachkommen italienischer Siedler und Erweiterung von Tripolis

Berlin, 6. Dez. Die Erklärungen des französischen Außenministers Briand über die Beziehungen Frankreichs zu Italien, die sich bekanntlich durch besondere Herrschaftlichkeit auszeichneten, haben weit über Italien und Frankreich hinaus Aufsehen erregt, allerdings, ohne daß man sich zu erklären wußte, aus welchem Grunde Briand sich so überaus italienfreundlich gab. Ein Leitartikel der „Times“ dürfte nunmehr Aufklärung über die

Beweggründe des französischen Außenministers geben. Die „Times“ erklärt in diesem Artikel nämlich, es würde bedauerlich sein, wenn die politischen Vorurteile der französischen Schöffen, die den Mörder des Grafen Nardini so milde beurteilt hätten, und die Uebertreibungen einiger jugendlicher Faschisten einen schlechten Einfluß auf die Besprechungen haben würden, die Mussolini mit dem französischen Botschafter in Rom, Beaumarchais, zurzeit führe. Dabei gibt die „Times“ einige in diesem Umfange der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekanntgewordene Einzelheiten der italienisch-französischen Besprechungen bekannt, denen große Bedeutung beigegeben werden muß. Hiernach steht nach den Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien über die Beteiligung Italiens an der Tangerverwaltung auch eine Einigung in der Frage der Nationalität der italienischen Bevölkerung in Tunis und der Grenzenerweiterung von Tripolis bevor.

In der tunesischen Frage sollen sich die französisch-italienischen Ansichten bereits weitgehend genähert haben. Die französische Regierung sei bereit, die italienischen Paragrafen des französischen Naturalisierungsgesetzes zu kreieren, die automatisch aus dem Entel eines fremden Einwanderers einen

französischen Staatsbürger machen und ihn so zur militärischen Dienstpflicht in Frankreich verpflichten würden. Dies läme einer Verletzung der Naturalisierung einer großen Anzahl italienischer Siedler in Tunis für die Dauer einer Generation gleich.

Ebenso seien die Unterhandlungen über die Grenzänderung

zwischen dem französischen und italienischen Afrika auf gutem Wege. Man dürfe annehmen, daß der italienische Anspruch auf die Erweiterung Tripolis nach Süden und Südwesten hin grundsätzlich von Frankreich unter der Bedingung ausgenommen werden sei, daß diese Grenzänderung nicht die direkte Verbindung zwischen französisch-Nordafrika und französisch-Äquatorial-Afrika unterbrechen dürfe.

Annestierung der Flamenführer

Brüssel, 6. Dez. Die belgische Kammer hat heute ein von der Regierung Jaspars vorgeschlagenes Annestierungsgesetz angenommen, das nach dem Kriege verurteilten Flamenführer, der sogenannten Aktivist, angenommen. Das Gesetz besagt, daß alle Aktivist befreit werden, aber nur die zu Strafen unter zehn Jahren verurteilt waren, können ihre bürgerlichen Ehrenrechte auf Antrag zurück erhalten. Diejenigen, bei denen das Strafmaß zehn Jahre übertraf, haben die Möglichkeit, nach einem älteren Gesetz fünf Jahre nach ihrer Entlassung aus der Strafhaft ihre Rehabilitierung zu beantragen. Die Folgen des Beschlusses werden sein, daß die prominenten Flamenführer noch fünf Jahre werden warten müssen und bei den nächsten Wahlen noch nicht in der Lage sein werden, für das Parlament zu kandidieren.

Vor einigen Wochen noch, besonders vor und während der letzten Vändertkonferenz, schien es, als ob der scharfe Widerstand Bayerns gegen jede Art von Reichsreform im Zurückgehen begriffen sei. Der immer bewegliche Führer der Bayerischen Volkspartei im Reichstag, Domkapitular Leicht, hatte in eindringlichen Worten gemahnt, daß Bayern nicht bei seiner rein negativen Einstellung zu dieser Frage beharren dürfe, weil sonst leicht die Zeit über solche passive Resistenz hinweggehen könnte. Es schien, als ob von führender bayerischer Seite eine Anpassung an die Grundzüge des Zentrums Einheitsgesetzes sei, das sich als notwendig erkannten Reformideen nicht verschließt, wenn es auch nicht gewillt ist, seine Machtpositionen im Reich einem schrankenlosen Berliner Unitarismus auszuliefern. Kurz nach der Rückkehr der Münchener Vertreter von der Vändertkonferenz begann aber vom Süden her ein anderer scharfer Wind zu blasen. Die sozialistische Presse fuhr mit schwerem Geschütz gegen den Ministerpräsidenten Dr. Held auf und ging so weit, sein Verhalten in Berlin als Landesverrat zu brandmarken. Es folgten heftige Ausfälle im Landtag gegen das Reich und gegen Preußen, in diplomatischer Form vorgetragen von Dr. Held in eigener Person, in großschlächtiger Polemik wiederholt von dem schärfsten Redner der Bayerischen Volkspartei in solchen Fragen, dem Münchener Oberregierungsrat Schäffer. In den letzten Tagen rückte auch der Bayerische Städtetag mit einer Entschließung, die sich weit von der unitarischen Einstellung des Deutschen Städtetages distanziert, in diese Abwehrfront ein, und nun ist gar Forstrat Dr. Eicherich, der bekannte Führer der ehemaligen bayerischen Einwohnerwehren, auf den Plan getreten, um die Bewegung durch eine bundesmäßige und überparteiliche Zusammenfassung zu aktivieren. Wenn man recht versteht, dann ist es seine Absicht, die verschiedenen bayerischen Heimatsverbände, die bisher durch Führerehrgeiz und Führerstreitigkeiten zerrissen waren, in einer Dachorganisation zu einigen und mit ihrer Hilfe im Sinne der Regierung und der herrschenden Partei eine große Volksbewegung zu entfachen. Das Ziel ist die Erhaltung und Ausbreitung des bayerischen Heimatgedankens und die Abwehr aller auf die Unterhöhlung der staatlichen Selbständigkeit gerichteten Bestrebungen. So soll am nächsten Sonntag in München eine große öffentliche Kundgebung für dieses Programm stattfinden und anschließend sollen ähnliche Volkskundgebungen im ganzen Lande das Volk zum Widerstand aufrufen. Die Anregung zu diesem Propagandafeldzug geht vom Landesbürgererrat aus, der die politisch aktiven Verbände, aber auch die Gewerbeorganisationen, die Sängerverbände und Turnvereine und überhaupt alle „aut bayerisch“ Gesinnten der Bevölkerung zur Mitwirkung heranzieht. Kein Zweifel also, die bayerische Volkseele wird wieder einmal in Wallung gebracht, und da die ausgegebene Parole zugkräftig ist, wird eine Verschärfung des Gegenkampfes zwischen Nord und Süd und eine Verheerung des bayerischen Widerstandes gegen alle Reformpläne im Reich die nächste Folge sein.

Man muß das bedauern und alles aufbieten, um dieser für das Reichsganze abträglichen Entwicklung Einhalt zu tun. Das erreicht man aber nicht, wenn man nach Art der Völkspresse die bayerische Heimatbewegung mit höhnischen Glossen abtun zu können glaubt und sich damit begnügt, Bayern in spöttischen Aufsätzen als das reaktionäre Land der neiflosen Bierläufer hinzustellen, von denen man nun einmal keine vernünftige Einsicht erwarten könne. Richtiger wäre es, die von Bayern vorgebrachten Klagen zu prüfen und wenigstens so viel von den Miskständen, über die es sich erregt, abzutellen, als berechtigt und nach der allgemeinen Lage im Reich möglich ist. Vieles davon käme auch den anderen Vändern, insbesondere Sachsen, zugute, wie ein Einblick in das bayerische Beschwerdebuch zeigt.

Ein böses Wort wurde im Landtag als Motto über die Reichsdebatte gestellt: „Reichsunrecht bricht Lande srecht.“ Ob berechtigt oder nicht, jedenfalls ist so das Gefühl, daß die Auseinandersetzungen auf bayerischer Seite beherrscht. Man spricht von Vertragsbrüchen und nicht eingehaltenen Versprechungen. Man klagt gegen die Reichsregierung, daß sie ihre Politik zur Erreichung des Einheitsstaates mit Mitteln des Unrechts, unter Mißachtung von Verfassung und gegebenem Wort führe, daß sie damit das Vertrauen auf deutsches Recht im Volke erlöte und daß sie an Stelle der Freude am Reich in den Vändern das Gefühl erwecke, eine Kolonie des Reiches zu sein. Besonders laut klingt aus allen Reden der Vorwurf, daß die Reichspolitik entgegen allen Versprechungen Staatsverträge nicht einhält, um die Länder auszuhebeln und müde zu machen, um ihren Willen zur Selbstbestimmung, ihren Stolz auf Recht und Freiheit zu brechen. Als Beispiel werden die Verträge über den Uebertgang der Staatsbahnen und der Post an das Reich angeführt, aus denen Bayern die Forderung auf jährliche Zinsentwürfe in Höhe von 33½ Millionen Mark herleitet, die ihm vorzuenthalten werden. Ein besonderes Kapitel bildet die Selbstbestimmung der Bierbrennereischädigungen, deren Behandlung durch das Reich an dieser Stelle vor kurzem ausführlich